

Änderungsvertrag zum

Gesamtvertrag zur Regelung der

urheberrechtlichen Vergütungspflicht

gemäß §§ 54 ff. UrhG

für PCs für die Zeit ab dem 01.01.2011

zwischen einerseits

1.) den in der **Zentralstelle für private Überspielungsrechte (ZPÜ)**, Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Rosenheimer Str. 11, 81667 München gesamthänderisch verbundenen Verwertungsgesellschaften

GEMA Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte, rechtsfähiger Verein kraft staatlicher Verleihung, Bayreuther Str. 37-38, 10787 Berlin,

GÜFA Gesellschaft zur Übernahme und Wahrnehmung von Filmaufführungsrechten mbH, Vautierstraße 72, 40235 Düsseldorf,

GVL Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten mbH, Podbielskiallee 64, 14195 Berlin,

GWFF Gesellschaft zur Wahrnehmung von Film- und Fernsehrechten mbH, Marstallstraße 8, 80539 München,

TWF Treuhandgesellschaft Werbefilm mbH, Brienner Str. 9, 80331 München,

Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst, rechtsfähiger Verein kraft staatlicher Verleihung, Weberstraße 61, 53113 Bonn,

VFF Verwertungsgesellschaft der Film- und Fernsehproduzenten mbH, Brienner Straße 26, 80333 München,

VGF Verwertungsgesellschaft für Nutzungsrechte an Filmwerken mbH, Beichstraße 8, 80802 München,

Verwertungsgesellschaft Wort, rechtsfähiger Verein kraft staatlicher Verleihung, Untere Weidenstraße 5, 81543 München

vertreten durch die geschäftsführende Gesellschafterin GEMA Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte, diese gesetzlich vertreten durch die Vorstandsmitglieder Dr. Harald Heker, Georg Oeller und Lorenzo Colombini, Bayreuther Straße 37, 10787 Berlin

– nachstehend **ZPÜ** genannt –

2.) **Verwertungsgesellschaft Wort**, rechtsfähiger Verein kraft staatlicher Verleihung, Untere Weidenstraße 5, 81543 München, vertreten durch ihren Vorstand Dr. Robert Staats, Rainer Just, Hans Peter Bleuel, Eckhard Kloos und Prof. Dr. Wilhelm Nordemann

– nachstehend **VG WORT** genannt –

3.) **Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst**, rechtsfähiger Verein kraft staatlicher Verleihung, Weberstraße 61, 53113 Bonn, vertreten durch ihren Vorstand Dr. Urban Pappi, Frauke Ancker, Werner Schaub und Rolf Silber

– nachstehend **VG Bild-Kunst** genannt –

– die Parteien zu 1.) - 3.) nachstehend **Verwertungsgesellschaften** genannt –

und andererseits dem

Bundesverband Computerhersteller (BCH) e.V., c/o Hewlett Packard GmbH, Herrenberger Str. 140, 71034 Böblingen, vertreten durch den Vorstand Philippa Wheeler, Martina Seidl, Guido Wennemer

– nachstehend **BCH** genannt –

§ 1 Vertragsgegenstand

(1) Gegenstand dieses Vertrages ist die Klarstellung und Änderung des zwischen den Verwertungsgesellschaften und BCH am 22./23. Januar 2014 geschlossenen Gesamtvertrages zur Regelung der urheberrechtlichen Vergütungspflicht gemäß §§ 54 ff. UrhG für PCs für die Zeit ab dem 01.01.2011 (nachfolgend „Gesamtvertrag“).

(2) Soweit in diesem Änderungsvertrag nicht ausdrücklich Abweichendes bestimmt wird, bleiben die Regelungen des Gesamtvertrages unberührt.

(3) Die Einbeziehung der in diesem Vertrag vorgesehenen Änderungen in die Vertragsverhältnisse zwischen den Verwertungsgesellschaften und den Gesamtvertragsmitgliedern, die durch den Beitritt zum Gesamtvertrag zustande gekommen sind, erfolgt durch Abschluss einer gesonderten Änderungsvereinbarung mit der ZPÜ nach Maßgabe des diesem Vertrag als **Anlage A** beigefügten Musters.

§ 2 Zur bisherigen Anlage 1 (Definition der Vertragsprodukte)

Die Parteien sind sich einig, dass von der Definition gemäß Anlage 1 zum Gesamtvertrag bereits bisher PCs umfasst waren, die insbesondere mit Betriebssystemen wie Microsoft Windows, Mac OS, Google Chrome OS, Android ausgestattet worden sind.

Um dies deutlicher hervorzuheben, wird in Anlage 1 "Definition Vertragsprodukte" im Anschluss an die Ziff. I. 1. (8) folgender Satz ergänzt:

„Es wird klargestellt, dass von der vorstehenden Definition insbesondere auch PCs umfasst sind, die mit Betriebssystemen wie Microsoft Windows, Mac OS, Google Chrome OS, Android ausgestattet worden sind.“

Eine neue Fassung der bisherigen Anlage 1 wird diesem Vertrag als **Anlage B** beigefügt.

§ 3 Zur bisherigen Anlage 4 (Regelung zur Anwendung der unterschiedlichen Vergütungssätze für Verbraucher-PCs und Business-PCs)

Die Anwendung der unterschiedlichen Vergütungssätze für Verbraucher-PCs und Business-PCs erfolgt nach Maßgabe der diesem Änderungsvertrag als **Anlage C** beigefügten Regelung. Sie ersetzt die Anlage 4 des Gesamtvertrages für solche PCs gemäß Ziffer I.1. der Anlage 1, die in der

Zeit ab dem 01.01.2016 in Deutschland veräußert oder in sonstiger Weise in den Verkehr gebracht werden. Die Spezifizierung der IDC-Daten erfolgt in **Anlage D**, die Erläuterung der IDC-Korrektur in **Anlage E**.

§ 4

Zur bisherigen Anlage 6 (Auskunftsformular)

Das Auskunftsformular gemäß Anlage 6 zum Gesamtvertrag wird durch die diesem Vertrag beigefügte **Anlage F** ersetzt.

§ 5

Pflichten der Verwertungsgesellschaften

§ 13 des Gesamtvertrages wird ersetzt durch nachfolgende Regelung:

„§ 13

Pflichten der Verwertungsgesellschaften

(1) Die Verwertungsgesellschaften und die ZPÜ verpflichten sich, den Vergütungsanspruch nach § 54 Abs. 1 UrhG für die Vertragsprodukte umfassend auch gegenüber nicht durch diesen Gesamtvertrag gebundenen Herstellern und Importeuren geltend zu machen. Dies umfasst

a) die Ermittlung von Herstellern, Importeuren und Händlern, durch geeignete Maßnahmen, beispielsweise durch regelmäßige freie Marktrecherche mit folgenden Quellen: Plattformen des Online-Handels, Preisvergleichsportale, Discounterangebote, Brancheninformationen zur Identifikation neuer Gerätetypen, Marktdaten der Marktforschungsinstitute, Portal zum Elektroaltgeräteregister (EAR), durch Auswertung häufig angebotener Gerätetypen (Bestseller), durch gerätetypenbezogene Auswertung sog. Top-Verkäufer auf Onlineplattformen,

b) die Einholung von Meldungen und Auskünften nach den §§ 54 lit. e) und 54 lit. f) UrhG einschließlich der so genannten Händlerauskünfte,

c) den Abgleich von Meldungen und Auskünften der Importeure und Hersteller mit den Händlerauskünften und den Marktzahlen von Marktforschungsinstituten sowie

d) die auch gerichtliche Durchsetzung fälliger Vergütungsansprüche gegenüber den jeweiligen Schuldnern in den Grenzen der wirtschaftlichen Verhältnismäßigkeit.

e) Die ZPÜ ist nicht verpflichtet, die Anwendung dieser Maßnahmen im Einzelfall nachzuweisen.

(2) Die ZPÜ verpflichtet sich, auf ihrer Website eine Liste mit folgenden Angaben zu veröffentlichen:

„Unternehmen, die auf der Grundlage eines Gesamtvertrages zur Regelung der urheberrechtlichen Vergütungspflicht gemäß §§ 54 ff. UrhG für PCs für die Zeit ab dem 01.01.2011 Auskünfte erteilen und Vergütungen entrichten:

- [Firma] [Straße][Postleitzahl] [Ort]
- [Firma] [Straße][Postleitzahl] [Ort]
- usw.

Wir verweisen insoweit auf § 54b Abs. 3 Ziffer 1 UrhG: Die Vergütungspflicht des Händlers entfällt, soweit ein zur Zahlung der Vergütung Verpflichteter, von dem der Händler die Geräte oder die Speichermedien bezieht, an einen Gesamtvertrag über die Vergütung gebunden ist. Die Auskunftspflicht des Händlers bleibt hiervon unberührt.“

Die ZPÜ wird nur diejenigen Gesamtvertragsmitglieder in der Liste aufführen, die der Nennung in der Liste zugestimmt haben.

(3) BCH kann der ZPÜ einzelne Fälle benennen, in denen er die begründete Annahme hat, dass Importeure oder Hersteller von Vertragsprodukten nicht die Vergütungen für die Vertragsprodukte bezahlen, und wird die Gründe für diese Annahme der ZPÜ benennen bzw. übermitteln. Die ZPÜ wird BCH binnen einer Frist von zwei Wochen mitteilen, ob die Annahme nach Satz 1 gerechtfertigt war oder nicht. War die Annahme gerechtfertigt, wird die ZPÜ ihren Pflichten nach Abs. 1 nachkommen und BCH über die getroffenen Maßnahmen binnen drei Monaten informieren. BCH verpflichtet sich, diese Informationen nur im Rahmen des gesetzlich Zulässigen weiterzugeben und stellt die Verwertungsgesellschaften von etwaigen Schadensersatzansprüchen Dritter frei, die durch eine Weitergabe der Informationen durch den BCH entstehen. Soweit eine Weitergabe der Informationen an Mitgliedsunternehmen des BCH gesetzlich zulässig ist, müssen die weitergegebenen Informationen durch den BCH so aufbereitet werden, dass Rückschlüsse auf einzelne Unternehmen ausgeschlossen sind.

(4) Die ZPÜ wird BCH für die Zeit ab dem 01.01.2016 folgende Informationen zur Verfügung stellen:

- a) Vom Wirtschaftsprüfer der ZPÜ testierte Höhe der Zahlungseingänge unter Angabe der zugrunde liegenden Stückzahlen, die die ZPÜ jeweils insgesamt von allen Gesamtvertragsmitgliedern und allen Nicht-Gesamtvertragsmitgliedern für ein Kalenderjahr für PCs, differenziert nach Gesamtvertragsmitgliedern und Nicht-Gesamtvertragsmitgliedern, Verbraucher-PCs und Business-PCs erhalten hat.
- b) Vom Wirtschaftsprüfer der ZPÜ testierte Gesamtmenge der Stückzahlen für ein Kalenderjahr für PCs, differenziert nach Gesamtvertragsmitgliedern und Nicht-Gesamtvertrags-

mitgliedern, Verbraucher-PCs und Business-PCs, welche sich aus den Meldungen und Auskünften für die Vertragsprodukte ergibt.

c) Vom Wirtschaftsprüfer der ZPÜ testierte Mitteilung pro Kalenderjahr mit folgenden Angaben:

aa) Für diejenigen PC-Marken, für die IDC Stückzahlen liefert und für die Auskünfte an die ZPÜ erteilt wurden:

(1) Prozentualer Anteil der Gesamtstückzahl, die sich aus den für diese Marken vorliegenden Auskünften von Gesamtvertragsmitgliedern und Nicht-Gesamtvertragsmitgliedern ergibt, an der von IDC für diese Marken angegebenen Gesamtstückzahl.

(2) Prozentualer Anteil der von IDC für diese Marken angegebenen Gesamtstückzahl am Gesamtmarkt nach IDC.

bb) Für diejenigen PC-Marken, für die IDC Stückzahlen liefert, für die aber keine Auskünfte an die ZPÜ erteilt wurden:

Prozentualer Anteil der von IDC für diese Marken angegebenen Gesamtstückzahl am Gesamtmarkt nach IDC.

cc) Für diejenigen PC-Marken, für die IDC nur in der Summe Stückzahlen liefert („others“):

(1) Prozentualer Anteil der Gesamtstückzahl, die sich aus den für diese Marken vorliegenden Auskünften von Gesamtvertragsmitgliedern und Nicht-Gesamtvertragsmitgliedern ergibt, an der von IDC für diese Marken angegebenen Gesamtstückzahl.

(2) Prozentualer Anteil der von IDC für diese Marken angegebenen Gesamtstückzahl am Gesamtmarkt nach IDC.

d) Liste der Gesamtvertragsmitglieder, die für ein Kalenderjahr an die ZPÜ Meldungen oder Auskünfte für die Vertragsprodukte erteilt oder Zahlungen für diese entrichtet haben, soweit diese bis zum 31. Juli des Folgejahres vorliegen.

Die Zurverfügungstellung dieser Informationen erfolgt jeweils zum 31. Oktober des Folgejahres, erstmals am 31. Oktober 2017 für das Jahr 2016.

(5) Im Falle einer erheblichen Verletzung der vorstehenden Pflichten durch die Verwertungsgesellschaften ist BCH zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages berechtigt, wenn er die Pflichtverletzung den Verwertungsgesellschaften schriftlich unter Androhung der außerordentlichen Kündigung angezeigt hat und wenn die Verwertungsgesellschaften nicht innerhalb einer Frist von 2 Monaten nach Zugang dieser Anzeige Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, die Pflichtverletzung zu beheben.

(6) Die Verwertungsgesellschaften sind zur Verschwiegenheit betreffend aller aus der Durchführung dieses Vertrages bekannt werdenden Informationen und Daten bezüglich einzelner Gesamtvertragsmitglieder verpflichtet, soweit sie nicht offenkundig sind. Sie werden ihre mit der Durchführung dieses Vertrages betrauten Mitarbeiter entsprechend verpflichten sowie bei Aufnahme ihrer Tätigkeit auch dazu, personenbezogene Daten nicht unbefugt zu erheben, zu verarbeiten oder zu nutzen und werden sie regelmäßig entsprechend schulen. Die Verschwiegenheitspflicht bleibt auch nach Vertragsbeendigung bestehen. Die vorstehenden Sätze gelten nicht für Auskunftsersuchen auf gesetzlicher Grundlage, insbesondere für behördliche Auskunftsverlangen.

(7) Die Verwertungsgesellschaften versichern, dass sie beim Inkasso für die Vertragsprodukte nach § 54 Abs. 1 UrhG die Ansprüche aller in der ZPÜ verbundenen Berechtigten vertreten und dass die ZPÜ gemeinsame Empfangsstelle im Sinne des § 54 lit. h) Abs. 3 UrhG für alle Auskünfte und Meldungen in Bezug auf die Vertragsprodukte ist.

Die Verwertungsgesellschaften stellen die Gesamtvertragsmitglieder von Ansprüchen Dritter auf die Zahlung von Vergütungen für die Vertragsprodukte nach dem UrhG frei, soweit sich diese Ansprüche auf die von der Laufzeit dieses Vertrages erfassten Zeiträume beziehen. Soweit materiell- und prozessrechtlich möglich, erfolgt die Freistellung durch Übernahme der Verpflichtung im Außenverhältnis. Soweit dies nicht möglich ist, umfasst die Freistellung auch die Übernahme der für die Verteidigung gegen die geltend gemachten Ansprüche notwendigen Kosten einschließlich der Rechtsanwaltskosten nach RVG. Rechtsanwaltskosten, die über das sich nach RVG ergebende Maß hinausgehen, werden übernommen, wenn und soweit der Rechtsanwalt von der ZPÜ bestimmt und beauftragt werden kann. Die Verwertungsgesellschaften verpflichten sich ferner zur Kooperation und Bereitstellung aller erforderlichen Informationen bei der Rechtsverteidigung.“

§ 6

Wirksamkeit, Laufzeit, Sonstiges

- (1) Die in diesem Vertrag vorgesehenen Änderungen gelten mit Wirkung ab dem 15. März 2016.
- (2) Die Verwertungsgesellschaften werden den Tarif für PCs (veröffentlicht im Bundesanzeiger vom 30.01.2014) unmittelbar nach Zustandekommen dieses Vertrages an die Regelungen dieses Vertrages mit Wirkung zum 15. März 2016 anpassen. Die Verwertungsgesellschaften werden zusätzlich im Bundesanzeiger eine Bekanntmachung veröffentlichen, in der darauf hingewiesen wird, dass die PC-Definition nach dem gemeinsamen Verständnis der Verwertungsgesellschaften und des BCH lediglich klargestellt worden ist.
- (3) Ergänzungen oder Änderungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Das Schriftformerfordernis gilt auch für die Änderung oder Aufhebung dieser Schriftformklausel.

Anlage A
**"Änderungsvertrag zur Einbeziehung der Änderungen des Gesamtvertrages gegenüber den
Gesamtvertragsmitgliedern"**

Änderungsvertrag

zwischen einerseits

1.) den in der **Zentralstelle für private Überspielungsrechte (ZPÜ)**, Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Rosenheimer Str. 11, 81667 München gesamthänderisch verbundenen Verwertungsgesellschaften

GEMA Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte, rechtsfähiger Verein kraft staatlicher Verleihung, Bayreuther Str. 37-38, 10787 Berlin,

GÜFA Gesellschaft zur Übernahme und Wahrnehmung von Filmaufführungsrechten mbH, Vautierstraße 72, 40235 Düsseldorf,

GVL Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten mbH, Podbielskiallee 64, 14195 Berlin,

GWFF Gesellschaft zur Wahrnehmung von Film- und Fernsehrechten mbH, Marstallstraße 8, 80539 München,

TWF Treuhandgesellschaft Werbefilm mbH, Brienner Str. 9, 80331 München,

Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst, rechtsfähiger Verein kraft staatlicher Verleihung, Weberstraße 61, 53113 Bonn,

VFF Verwertungsgesellschaft der Film- und Fernsehproduzenten mbH, Brienner Straße 26, 80333 München,

VGF Verwertungsgesellschaft für Nutzungsrechte an Filmwerken mbH, Beichstraße 8, 80802 München,

Verwertungsgesellschaft Wort, rechtsfähiger Verein kraft staatlicher Verleihung, Untere Weidenstraße 5, 81543 München

vertreten durch die geschäftsführende Gesellschafterin GEMA Gesellschaft für musikalische Auf-
führungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte, diese gesetzlich vertreten durch die Vor-
standsmitglieder Dr. Harald Heker, Georg Oeller und Lorenzo Colombini, Bayreuther Straße 37,
10787 Berlin

– nachstehend **ZPÜ** genannt –

2.) **Verwertungsgesellschaft Wort**, rechtsfähiger Verein kraft staatlicher Verleihung, Untere
Weidenstraße 5, 81543 München, vertreten durch ihren Vorstand Dr. Robert Staats, Rainer Just,
Hans Peter Bleuel, Eckhard Kloos und Prof. Dr. Wilhelm Nordemann

– nachstehend **VG WORT** genannt –

3.) **Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst**, rechtsfähiger Verein kraft staatlicher Verleihung, We-
berstraße 61, 53113 Bonn, vertreten durch ihren Vorstand Dr. Urban Pappi, Frauke Ancker, Wer-
ner Schaub und Rolf Silber

– nachstehend **VG Bild-Kunst** genannt –

– die Parteien zu 1.) - 3.) nachstehend **Verwertungsgesellschaften** genannt –

und andererseits dem

[Unternehmen]

– nachstehend **Unternehmen** genannt –

Vorbemerkung

Das Unternehmen ist dem Gesamtvertrag zwischen den Verwertungsgesellschaften und dem BCH zur Regelung der urheberrechtlichen Vergütungspflicht gemäß §§ 54 ff. UrhG für PCs für die Zeit ab dem 01.01.2011 vom 22./23. Januar 2014 (nachfolgend „PC-Gesamtvertrag“) beigetreten.

Der PC-Gesamtvertrag wurde durch Änderungsvertrag zwischen den Verwertungsgesellschaften und dem BCH mit Wirkung zum 15. März 2016 (nachfolgend „Änderungsvertrag“) geändert.

Gegenstand dieses Vertrages ist die Einbeziehung der im Änderungsvertrag vereinbarten Änderungen des PC-Gesamtvertrages in das zwischen den Verwertungsgesellschaften und dem Unternehmen durch den Beitritt des Unternehmens zum PC-Gesamtvertrag entstandene Vertragsverhältnis (nachfolgend „Vertragsverhältnis“).

Dies vorausgeschickt, wird folgendes vereinbart:

§ 1

Änderung Vertragsverhältnis

Die Parteien sind sich einig, dass die durch den Änderungsvertrag erfolgten Änderungen des PC-Gesamtvertrages auch für das zwischen ihnen bestehende Vertragsverhältnis gelten.

Die Änderungen gelten mit Wirkung ab dem Zeitpunkt, zu dem der PC-Gesamtvertrag geändert worden ist.

§ 2

Nennung in der Liste gemäß § 13 Abs. 2 des PC-Gesamtvertrages

Das Unternehmen stimmt seiner Nennung mit vollständiger Firma und Anschrift in der Liste gemäß § 13 Abs. 2 des PC-Gesamtvertrages in der Fassung des Änderungsvertrages zu.

§ 3

Schlussbestimmung

Ergänzungen oder Änderungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Das Schriftformerfordernis gilt auch für die Änderung oder Aufhebung dieser Schriftformklausel.

Anlage B
"Definition Vertragsprodukte"

I.
Definitionen

1. Definition „PC“

Soweit nicht von den Ausnahmen gemäß Ziffer II. erfasst, wird unter einem „PC“ ein stationäres (z.B. Desktop-PC, Tower-PC, Mini-PC, Micro-PC) oder tragbares (z.B. Laptop, Notebook, Subnotebook, Netbook) Single-User-System (d.h. ein solches System, das kein Multi-User-System im Sinne von Ziffer II. (2) a) 1. ist) zur elektronischen Datenverarbeitung verstanden, das über folgende Komponenten verfügt:

(1) Nicht mehr als

- a) eine Hauptplatine für stationäre Systeme (z.B. Mainboard, Motherboard, Systemboard, Systemhauptplatine), deren Format oder Formfaktor von mehreren PC-Herstellern benutzt wird (z.B. ATX, EATX, MicroATX, BTX, mini-ITX), oder
- b) eine Hauptplatine für tragbare Systeme oder
- c) ein Apple-Logicboard für stationäre und / oder tragbare Systeme,

die jeweils in ein passendes Gehäuse integriert sind;

(2) Nicht mehr als einen Hauptprozessor (z.B. CPU: Central Processing Unit), unabhängig von der Anzahl der CPU-Kerne;

(3) einen oder mehrere interne, nicht flüchtige, mehrfachbeschreibbare Massenspeicher (z.B. Festplatten, SSDs, Hybridfestplatten);

(4) einen oder mehrere flüchtige Arbeitsspeicher (z.B. Random Access Memory, RAM, Hauptspeicher, Schreib-/Lesespeicher);

(5) einen integrierten Bildschirm (z.B. Display, Monitor) oder, dort wo kein Bildschirm integriert ist, eine integrierte Standardschnittstelle (z.B. VGA, USB, DVI, Mini-DVI, HDMI, DisplayPort, Mini DisplayPort, Thunderbolt-Anschluss), über die (auch) ein Bildschirm angeschlossen werden kann;

- (6) einen integrierten Mauszeiger- oder Cursor-Bewegungsmechanismus (z.B. Maus, Track-Stick, Track-Ball, Touch-Pad, Track-Pad) oder, dort wo kein Bewegungsmechanismus integriert ist, eine integrierte Standardschnittstelle (z.B. USB, PS2, Bluetooth), über die (auch) ein solcher Bewegungsmechanismus angeschlossen werden kann;
- (7) eine integrierte, alphanumerische, physische, vollwertige Tastatur, die wenigstens über die Tastenelemente einer „QWERTZ- bzw. QWERTY-Tastaturbelegung“ für lateinische Schriftzeichen oder nationalsprachigen Varianten verfügt, ohne dass es dabei auf die Reihenfolge der Tastenbelegung ankommt, oder, dort wo keine Tastatur integriert ist, eine integrierte Schnittstelle (z.B. USB, Bluetooth), über die (auch) eine solche Tastatur angeschlossen werden kann; und
- (8) eine offene Hardwarearchitektur, die den Einsatz eines vom Benutzer oder Administrator installierbaren oder deinstallierbaren Betriebssystems zulässt, welches dem Benutzer erlaubt, nach eigenen Bedürfnissen Anwendungen zu installieren oder zu deinstallieren.

Es wird klargestellt, dass von der vorstehenden Definition insbesondere auch PCs umfasst sind, die mit Betriebssystemen wie Microsoft Windows, Mac OS, Google Chrome OS, Android ausgestattet worden sind.

2. Definition „Kleiner mobiler PC“

Ein „kleiner mobiler PC“ im Sinne dieses Vertrages ist ein PC, der über die Kriterien der Ziffer I. 1. hinaus über einen integrierten Bildschirm (z.B. Display, Monitor) mit einer sichtbaren Diagonale von bis zu 12,4 Zoll verfügt.

3. Definition „Professionelle Workstations“

Professionelle Workstations sind besonders leistungsfähige Rechnersysteme für anspruchsvolle Anwendungen, die in so genannten vertikalen Märkten eingesetzt werden und bei denen mindestens zwei der folgenden Kriterien erfüllt sind:

- (1) Verwendung von speziellen, für den Einsatz in Workstations konzipierten und zertifizierten Workstation Grafikkarten (z.B. Nvidia Quadro, ATI Fire Pro 3D, ATI Fire GL);
- (2) Verwendung von speziellen, für den Einsatz in Workstations konzipierten Workstation Chipsätze;
- (3) Vorliegen einer dokumentierten unabhängigen Zertifizierung, z.B. von einem ISV (unabhängige Software Partner, z.B. Catia, AutoCAD, ANSYS, Maxon, CST, Adobe, pi-VR, Roxar, Autodesk Manufacturing, Dassault Systems) oder einem vergleichbaren Zertifizierer.

II. Ausnahmen

(1) Keine PCs im Sinne dieses Vertrages sind Geräte, die über einen Bildschirm mit weniger als 8 Zoll verfügen, insbesondere Mobiltelefone / Smartphones / Musik- / Multimedia-Handys und digitale Organizer (PIM / Handheld-Computer / Palmtop-Computer). Des Weiteren sind keine PCs im Sinne dieses Vertrages E-Book-Reader, Tablets, digitale Bilderrahmen, Navigationsgeräte, Spielkonsolen, Kinder-Lern-PCs, Homeserver / Network-Attached-Storages (zur Datensicherung) und Multimedia-Player. Ob und ggf. in welcher Höhe für diese Geräte eine Vergütung geschuldet ist, ist nicht Gegenstand dieses Vertrages.

(2) Keine PCs im Sinne dieses Vertrages sind auch:

a) Server:

d.h. stationäre Geräte zur elektronischen Datenverarbeitung, die anderen Computern oder anderen, über ein Computernetzwerk verbundenen Datenverarbeitungssystemen (quasi-) parallel Leistungen / Ressourcen zur Verfügung stellen bzw. die einer Vielzahl von Benutzern, die mittels Computer-Terminals angebunden sind, eine Vielzahl von Computeranwendungen (quasi-) parallel zur Nutzung bereitstellen und darüber hinaus,

1. die für parallele Multi-User-Betriebssysteme (z.B. Microsoft Windows Server, SUSE Linux Enterprise Server, Red Hat Enterprise Linux Server, Vmware, Solaris, AIX, HP-UX, IBM z/OS, IBM z/VM, IBM z/VSE, IBM TPF, IBM i, zLinux) durch den Hersteller des Multi-User-Betriebssystems oder durch den Hersteller des Geräts zertifiziert sind und / oder
2. die über einen speziellen Server- bzw. Workstation-Chipsatz verfügen und / oder
3. über mindestens zwei Hauptprozessoren (z.B. CPU: Central Processing Unit) verfügen und / oder
4. die zum Einbau in Rack-Systeme (z.B. Rack-Server, Blade-Server) bestimmt sind und / oder aufgrund ihrer Bauform, insbesondere ihres Gehäuses (z.B. eine Breite von 19 Zoll und darüber) keinen PC darstellen.

Ein Gesamtvertragsmitglied, das sich auf Zertifizierungen für andere parallele Multi-User-Betriebssysteme beruft als die in Ziffer II. (2) lit. a) genannten, ist auf Verlangen der ZPÜ verpflichtet, den Nachweis zu erbringen, dass an die Zertifizierung Anforderungen gestellt wurden, die denen der in Ziffer II. (2) lit. a) genannten Zertifizierungen entsprechen.

b) Geräte zur elektronischen Datenverarbeitung:

1. mit geschlossener Hard- und Softwarearchitektur (z.B. Thin Client Terminals, die als Ein- und Ausgabegeräte dienen, Internet-Terminals, Info-Terminals, POS Systeme, Check-In-Terminals, etc.) oder
2. für den industriellen oder sonst produktiven Betrieb (z.B. Fertigung, Steuerung, Diagnose, Vermittlungsstellen, Überwachungssysteme) oder
3. bei denen durch vorinstallierte, effektive technische Maßnahmen eine Funktionsbeschränkung auf bestimmte, betrieblich notwendigen Applikationen gegeben ist, so dass die Anfertigung relevanter Vervielfältigungen i.S.d. §§ 53 Abs. 1, 2 und 3 UrhG ausgeschlossen ist (sog. CTS Closed System Technology, u.a. im medizinischen und im Banking-Bereich).

Für diese in Ziffer II. (2) genannten Produkte machen die Verwertungsgesellschaften für die Laufzeit dieses Vertrages keine Vergütungen nach § 54 UrhG geltend. Entsprechend sind darüber keine Auskünfte und Meldungen geschuldet.

Anlage C
"Regelung zur Anwendung der unterschiedlichen Vergütungssätze für Verbraucher-PCs
und Business-PCs" gemäß § 4 des Gesamtvertrages
für die Zeit ab dem 01.01.2016"

A. Vorbemerkung

Die Vergütung für Verbraucher-PCs ist höher als die Vergütung für Business-PCs (siehe § 3 Abs. 1 lit. a) und lit. b) des Gesamtvertrages). Gegenstand der nachfolgenden Regelung ist die Umsetzung dieser unterschiedlichen Vergütungssätze für PCs, die in der Zeit ab dem 01.01.2016 veräußert oder in sonstiger Weise in den Verkehr gebracht werden (unten C.).

B. Definitionen

1. PC

PCs im Sinne dieser Regelung sind nur PCs im Sinne der Definition gemäß Ziffer I.1. der Anlage 1 des Gesamtvertrages.

2. Behörden

Behörden im Sinne dieser Regelung sind Behörden im Sinne von § 1 Abs. 4 VwVfG und juristische Personen des öffentlichen Rechts, die PCs für eigene Zwecke und nicht zu dem Zweck erwerben, sie weiter zu veräußern oder in sonstiger Weise in den Verkehr zu bringen. Dieser Erwerbzzweck muss nicht nachgewiesen werden und wird vermutet. Die ZPÜ ist berechtigt, diese Vermutung zu widerlegen.

3. Gewerbliche Endabnehmer

Gewerbliche Endabnehmer im Sinne dieser Regelung sind

- a) juristische Personen des privaten Rechts und rechtsfähige Personengesellschaften im Sinne von § 14 Abs. 2 BGB sowie
- b) natürliche Personen, die Unternehmer im Sinne von § 2 Abs. 1 UStG sind, denen durch das Bundeszentralamt für Steuern eine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (nachfolgend USt-ID) erteilt wurde

und die PCs für eigene unternehmensbezogene Zwecke und nicht zu dem Zweck erwerben, sie weiter zu veräußern oder in sonstiger Weise in den Verkehr zu bringen.

Als gewerbliche Endabnehmer gelten auch Konzernunternehmen, die PCs für andere Unternehmen des Konzerns zentral erwerben sowie Unternehmen, die PCs Dritten auf der Grundlage von Verträgen (z.B. Leasing, IT-Überlassung) zur Nutzung überlassen.

4. Projektgeschäft

Als Projektgeschäft im Sinne dieser Regelung gilt jede Veräußerung von PCs durch ein Gesamtvertragsmitglied an einen Händler, wenn diese PCs durch diesen oder einen weiteren Händler an eine Behörde oder einen gewerblichen Endabnehmer veräußert werden sollen, die / der dem Gesamtvertragsmitglied vor der Veräußerung an die Behörde oder an den gewerblichen Endabnehmer namentlich bekannt ist oder wird, und wenn das Gesamtvertragsmitglied mit einem der beteiligten Händler für diesen Fall eine Projektvereinbarung (auch formlos durch Austausch von Emails) trifft oder getroffen hat.

5. IDC-Daten

Die Firma International Data Corporation (IDC) ermittelt für bestimmte PC-Marken, welcher Anteil der von diesen jeweils insgesamt in Deutschland in den Verkehr gebrachten Stückzahl auf Business-PCs entfällt. Für die nicht IDC-gelisteten PC-Marken fasst IDC das Ergebnis in dem Wert für die Gruppe „Others“ zusammen („IDC-Daten“). Diese Daten werden von IDC in der in **Anlage D** dargestellten Spezifikation zur Verfügung gestellt („IDC-Daten“).

C. Regelung für PCs gemäß Ziffer I.1. der Anlage 1, die in der Zeit ab dem 01.01.2016 in Deutschland veräußert oder in sonstiger Weise in den Verkehr gebracht werden

I. Auskunftserteilung

Die Gesamtvertragsmitglieder können nach ihrer Wahl in ihren Auskünften gemäß § 8 des Gesamtvertrages für die Zeit ab dem 01.01.2016 die Anzahl der Business-PCs entweder auf der Grundlage der tatsächlichen Verkäufe angeben (unten 1.) oder auf der Grundlage von IDC-Daten (unten 2.). Alle übrigen PCs des jeweiligen Gesamtvertragsmitglieds gelten als Verbraucher-PCs. Ein Wechsel von der Auskunft auf Grundlage der tatsächlichen Verkäufe zur Auskunft auf der Grundlage von IDC-Daten ist nur zum 01.01. eines Kalenderjahres möglich. Die Regelung zur Auskunftserteilung in § 8 des Gesamtvertrages bleibt im Übrigen unberührt.

1. Ermittlung der Anzahl der Business-PCs auf der Grundlage der tatsächlichen Verkäufe

Die Gesamtvertragsmitglieder können in ihren Auskünften die Anzahl derjenigen PCs als Business-PCs im Sinne von § 3 Abs. 1 lit. b) des Gesamtvertrages angeben, die sie nach Maßgabe

der folgenden Regelung an Behörden und gewerbliche Endabnehmer oder im Rahmen eines Projektgeschäfts an Händler veräußert haben.

- 1.1. Die Gesamtvertragsmitglieder haben bei der Veräußerung von PCs an Behörden und gewerbliche Endabnehmer die vollständige Bezeichnung und Anschrift der Behörde bzw. die vollständige Firma, Anschrift und USt-ID der gewerblichen Endabnehmer dokumentiert.
- 1.2. Die Gesamtvertragsmitglieder haben bei der Veräußerung von PCs im Rahmen eines Projektgeschäfts an Händler die vollständige Firma und Anschrift ihres Vertragspartners sowie des gewerblichen Endabnehmers dokumentiert.
- 1.3. Die Gesamtvertragsmitglieder haben bei der Veräußerung von PCs an gewerbliche Endabnehmer eine Erklärung über den Verwendungszweck eingeholt.

Die Erklärung muss einen der folgenden Wortlaute haben:

„Der gewerbliche Endabnehmer erklärt, dass die von ihm erworbenen PCs im Rahmen seines Unternehmens eingesetzt und nicht zum Zwecke der Weiterveräußerung oder des sonstigen Inverkehrbringens erworben werden.“

Ist der gewerbliche Endabnehmer ein Konzernunternehmen, das PCs für andere Unternehmen des Konzerns zentral einkauft, so ist folgende Erklärung abzugeben:

„Der gewerbliche Endabnehmer erklärt, dass er ein Unternehmen des _____ -Konzerns ist und dass die von ihm erworbenen PCs im Rahmen des Konzerns eingesetzt und nicht zum Zwecke der Weiterveräußerung oder des sonstigen Inverkehrbringens außerhalb des Konzerns erworben werden.“

Ist der gewerbliche Endabnehmer ein Unternehmen, das PCs Dritten auf der Grundlage von Verträgen (z.B. Leasing, IT-Überlassung) zur Nutzung überlässt, so ist folgende Erklärung abzugeben:

„Der gewerbliche Endabnehmer erklärt, dass die von ihm erworbenen PCs von ihm auf der Grundlage von Verträgen Dritten zur Nutzung im Rahmen ihres Unternehmens überlassen werden.“

Die Erklärung ist grundsätzlich schriftlich abzugeben. Sie kann jedoch auch in E-Mails, im Rahmen von telefonisch abgewickelten Verkäufen durch Vorlesen und Bestätigung der Erklärungen oder im Rahmen von online abgewickelten Käufen durch Ankreuzen vorformulierter Texte abgegeben werden. Das Gesamtvertragsmitglied hat in diesen Fällen in geeigneter Weise zu dokumentieren, dass und welche der vorgenannten Erklärungen abgegeben wurde.

Das Gesamtvertragsmitglied ist verpflichtet, der ZPÜ auf Anfrage schriftlich zu erläutern, wie diese Dokumentation erfolgt.

Hat ein gewerblicher Endabnehmer die Erklärung ein erstes Mal abgegeben, so ist bei weiteren Verkäufen von Business-PCs an diesen Endabnehmer die Abgabe einer erneuten Erklärung nicht erforderlich.

2. Ermittlung der Anzahl der Business-PCs auf der Grundlage von IDC-Daten

Die Gesamtvertragsmitglieder können sich in ihren Auskünften auf die Angabe der Gesamtstückzahl beschränken. Die Anzahl der Business-PCs wird in diesem Fall durch die ZPÜ auf der Grundlage der IDC-Daten des jeweiligen Vorjahrs nach folgender Formel ermittelt:

„Gesamtstückzahl x Businessanteil gemäß IDC-Daten für die jeweilige PC-Marke für das Vorjahr bezogen auf den Meldezeitraum x Faktor 0,9.“

Die ZPÜ übersendet den Gesamtvertragsmitgliedern die IDC-Daten für die jeweiligen Kalenderjahre jeweils bis zum 15.03. des Folgejahres.

3. IDC-Korrektur

Die sich gemäß C.I.1 und C.I.2. ergebenden Stückzahlen und Zahlungen sind vorläufig und fließen in die IDC-Korrektur gemäß C.V. ein.

II. Nachweis durch die Gesamtvertragsmitglieder

1. Soweit die Gesamtvertragsmitglieder in ihren Auskünften Business-PCs auf der Grundlage der tatsächlichen Verkäufe gemäß der Regelung in Ziffer C.I.1. angeben, sind sie nach Maßgabe der nachfolgenden Regelung verpflichtet, den Nachweis zu erbringen, dass es sich um Business-PCs gehandelt hat.

2. Gesamtvertragsmitglieder, für die sich für ein Kalenderjahr ein Nettovergütungsbetrag für alle Vertragsprodukte von insgesamt weniger als EUR 25.000 ergibt, erbringen den Nachweis gemäß Ziffer C.I.1. wie folgt:

2.1. Das Gesamtvertragsmitglied teilt der ZPÜ für jede Rechnung über Verkäufe von PCs, die es in seiner Auskunft für das jeweilige Kalenderjahr als Business-PCs angegeben hat, die folgenden Daten mit:

- Rechnungsnummer und Rechnungsdatum;
- Art und Stückzahl der von der Rechnung umfassten Business-PCs;

- Angabe, ob es sich um ein Direkt- oder ein Projektgeschäft gehandelt hat;
 - Firmierung und Anschrift des Endabnehmers (auch bei Vorliegen eines Projektgeschäfts) einschließlich der USt-ID (nur bei gewerblichen Endabnehmern);
 - Firmierung und Anschrift des Vertragspartners einschließlich der USt-ID (nur bei Vorliegen eines Projektgeschäfts).
- 2.2. Die Mitteilung der Daten erfolgt in elektronischer Form in den Formaten „xls“, „xlsx“, „csv“, „ods“, „txt“, „xml“, „odt“ oder „mdb“.
- 2.3. Die Mitteilung der Daten erfolgt zusammen mit der Erteilung der Auskünfte gemäß § 8 Abs. 1 des Gesamtvertrages für das jeweils erste Halbjahr des Folgejahres. Bei Nichteinhaltung dieser Fristen erfolgt eine schriftliche Mahnung der ZPÜ, in der für die Übermittlung der Daten eine letzte Frist von vier Wochen gesetzt wird. Werden auch nach Ablauf dieser Frist keine Daten übermittelt, so gelten alle im jeweiligen Kalenderjahr von dem jeweiligen Gesamtvertragsmitglied zu vergütenden PCs im Sinne der Definition gemäß Ziffer I.1. der Anlage 1 als Verbraucher-PCs und es entfällt für das betreffende Kalenderjahr der Gesamtnachlass.
- 2.4. Das Gesamtvertragsmitglied ist verpflichtet, der ZPÜ auf Verlangen folgende Unterlagen zur Verfügung zu stellen:
- Kopie der Rechnung;
 - Nachweis des Vorliegens einer USt-ID des gewerblichen Endabnehmers im Zeitpunkt der Veräußerung (nur bei natürlichen Personen). Der Nachweis kann auch durch Vorlage von Schreiben des Endabnehmers, auf denen die USt-ID angegeben ist, erfolgen;
 - Erklärung über den Verwendungszweck, soweit schriftlich abgegeben, anderenfalls Bestätigung, dass die Erklärung per E-Mail, telefonisch oder online abgegeben wurde.
- 2.5. Weist die ZPÜ nach, dass das Gesamtvertragsmitglied unrichtige Angaben gemacht hat, so erfolgt eine Nachberechnung und es entfällt für die zu Unrecht als Business-PC angegebenen PCs der Gesamtnachlass. Beträgt die Anzahl der PCs, die zu Unrecht als Business-PCs angegeben wurden, mehr als 10% der in der Auskunft gemäß § 8 Abs. 1 des Gesamtvertrages für ein Kalenderjahr insgesamt als Business-PCs angegebenen PCs, so entfällt der Gesamtnachlass für Business-PCs für das betreffende Kalenderjahr insgesamt.
- 2.6. Das Gesamtvertragsmitglied kann den Nachweis auch gemäß der Regelung zu Ziffer C.II.3. oder Ziffer C.II.4. erbringen.
3. Gesamtvertragsmitglieder, für die sich für ein Kalenderjahr ein Nettovergütungsbetrag für alle Vertragsprodukte von insgesamt EUR 25.000 oder mehr, jedoch weniger als EUR 200.000 ergibt, erbringen den Nachweis gemäß Ziffer C.II.1. durch Prüfung und Bescheinigung eines Steuerberaters nach Maßgabe folgender Regelung:

- 3.1. Grundlage der Prüfung sind alle Rechnungen, die das Gesamtvertragsmitglied über Verkäufe derjenigen PCs gestellt hat, die es in seinen Auskünften für das Kalenderjahr an die ZPÜ als Business-PCs angibt sowie alle im Zusammenhang mit den zugrunde liegenden Verkäufen geschlossenen Projektvereinbarungen.
- 3.2. Es wird auf der Grundlage einer gemäß Ziffer C.II.3.4. gebildeten Stichprobe von Rechnungen geprüft,
- a) dass bei der Ermittlung der Anzahl der Business-PCs nur PCs im Sinne der Ziffer I.1. der Anlage 1 zum Gesamtvertrag berücksichtigt worden sind;
 - b) im Falle der Veräußerung von PCs an gewerbliche Endabnehmer zusätzlich zu lit. a), dass der Erwerber die Erklärung über den Verwendungszweck gemäß Ziffer C.I.1.3 abgegeben hat und dass keine Anhaltspunkte dafür bestanden, dass der Gegenstand des Unternehmens des Erwerbers die Weiterveräußerung von PCs umfasst hat;
 - c) im Falle der Veräußerung von PCs an natürliche Personen zusätzlich zu lit. a) und lit. b), dass diesen im Zeitpunkt der Veräußerung eine USt-ID erteilt war;
 - d) im Falle der Veräußerung von PCs an ein anderes Unternehmen als den Endabnehmer zusätzlich zu a), dass die Veräußerung auf der Grundlage eines Projektgeschäfts erfolgt ist, dass es sich beim Endabnehmer um eine Behörde oder um einen gewerblichen Endabnehmer gehandelt hat und dass keine Anhaltspunkte dafür bestanden, dass der Gegenstand des Unternehmens des Endabnehmers die Weiterveräußerung von PCs umfasst hat.
- 3.3. Es ist in der Bescheinigung anzugeben, wie bei der Prüfung des Gegenstandes des Unternehmens des Erwerbers gemäß Ziffer C.II.3.2. lit. b) bzw. des Endabnehmers gemäß Ziffer C.II.3.2. lit. d) vorgegangen worden ist. Diese Prüfung kann durch Einsicht in das Handelsregister erfolgen oder in anderer Weise, wenn diese Vorgehensweise eine Prüfung der vorgenannten Angabe schlüssig ermöglicht. Die ZPÜ kann eine Bescheinigung zurückweisen, die diesen Vorgaben nicht entspricht. Wird eine Bescheinigung von der ZPÜ zurückgewiesen, so hat das Gesamtvertragsmitglied die Möglichkeit, innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten die Bescheinigung erneut abzugeben. Wird die Bescheinigung erneut zurückgewiesen, so gilt die Bescheinigung als nicht erbracht.
- 3.4. Die Stichprobe der zu prüfenden Rechnungen gemäß Ziffer C.II.3.2. besteht für jedes Kalenderjahr mindestens aus den stückzahlmäßig zehn größten Rechnungen sowie aus mindestens 15 weiteren vom Prüfer nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Rechnungen für PCs.
- 3.5. Die Bescheinigung ist für jedes Kalenderjahr zusammen mit den Auskünften gemäß § 8 Abs. 1 des Gesamtvertrages für das jeweils erste Halbjahr des Folgejahres vorzulegen. Bei Nichteinhaltung dieser Fristen erfolgt eine schriftliche Mahnung der ZPÜ, in der zur Vorlage der Be-

scheinigung eine Frist von vier Wochen gesetzt wird. Wird auch nach Ablauf dieser Frist keine Bescheinigung vorgelegt, so gelten alle im jeweiligen Kalenderjahr von dem jeweiligen Gesamtvertragsmitglied zu vergütenden PCs im Sinne der Definition gemäß Ziffer I.1. der Anlage 1 als Verbraucher-PCs.

3.6. Bezüglich des Rechts der ZPÜ zur Überprüfung der Bescheinigung gilt die Regelung in § 8 Abs. 5 des Gesamtvertrages entsprechend.

3.7. Die Bescheinigung kann auch durch einen Wirtschaftsprüfer erteilt werden.

4. Gesamtvertragsmitglieder, für die sich für ein Kalenderjahr ein Nettovergütungsbetrag für alle Vertragsprodukte von insgesamt EUR 200.000 oder mehr ergibt, erbringen den Nachweis gemäß Ziffer C.II.1. nach der Regelung in Ziffer C.II.3. mit der Maßgabe, dass die Bescheinigung eines Wirtschaftsprüfers erforderlich ist. Die Stichprobe der zu prüfenden Rechnungen gemäß Ziffer C.II.3.2. besteht in diesem Fall für das jeweilige Kalenderjahr mindestens aus den stückzahlmäßig zehn größten Rechnungen sowie aus weiteren vom Prüfer nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Rechnungen für PCs. Die Mindestanzahl dieser weiteren Rechnungen wird in Abhängigkeit zu der von dem Gesamtvertragsmitglied im jeweiligen Kalenderjahr zu vergütenden Anzahl von Business-PCs wie folgt ermittelt:

Stückzahl Business-PC	Stichprobe der stückzahlmäßig größten Rechnungen	Stichprobe nach dem Zufallsprin- zip zusätzlich	Stichprobe gesamt
> 750.000	10	50	60
100.000 bis 750.000	10	25	35
< 100.000	10	15	25

5. Die Gesamtvertragsmitglieder benennen der ZPÜ die Endabnehmer der Business-PCs nach Maßgabe folgender Regelung:

5.1. Zu benennen sind für jeden Kalendermonat alle Behörden unter Angabe ihrer vollständigen Bezeichnung und Anschrift sowie alle gewerblichen Endabnehmer unter Angabe ihrer vollständigen Firma, Anschrift und USt-ID, an die das jeweilige Gesamtvertragsmitglied PCs entweder direkt oder im Rahmen eines Projektgeschäfts zu einem Preis veräußert hat, der die Vergütung gemäß § 54 UrhG für Business-PCs enthält. Sind in einem Kalendermonat keine Veräußerungen erfolgt, so ist auch dies mitzuteilen („Nullmeldung“). Die vorgenannten Verpflichtungen gelten nicht für Gesamtvertragsmitglieder, die sich in ihrer Beitrittserklärung gemäß § 2 Abs. 4 des Gesamtvertrages verpflichtet haben, die Vergütungen gemäß § 3 Abs. 2 des Gesamtvertrages in allen Rechnungen über PCs im Sinne der Definition gemäß Ziffer I.1.

der Anlage 1, die sie entweder direkt oder im Rahmen eines Projektgeschäfts an Behörden oder an gewerbliche Endabnehmer veräußert haben, gesondert auszuweisen.

- 5.2. Die Benennung erfolgt an die ZPÜ an jedem 15. Tag eines Monats für den jeweils vorangegangenen Kalendermonat durch elektronische Mitteilung in den Formaten „xls“, „xlsx“, „csv“, „ods“, „txt“, „xml“, „odt“ oder „mdb“.
- 5.3. Erfolgt die Benennung unvollständig oder in sonstiger Weise fehlerhaft und kommt es dadurch zu ungerechtfertigten Rückerstattungen der ZPÜ an Endabnehmer, so ist das Gesamtvertragsmitglied gegenüber der ZPÜ zum Ausgleich des dadurch entstandenen Schadens verpflichtet.
- 5.4. Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass ein gewerblicher Endabnehmer in der Erklärung über den Verwendungszweck (gemäß Ziffer C.I.1.3.) oder bezüglich des Vorliegens einer USt-ID unrichtige Angaben gemacht hat, dann sind die Gesamtvertragsmitglieder, bei denen dieser Endabnehmer Business-PCs erworben hat, auf Verlangen der ZPÜ verpflichtet, an der Aufklärung des Sachverhalts mitzuwirken.
- 5.5. Sind die Voraussetzungen gemäß Ziffer C.II. erfüllt, so haften die Gesamtvertragsmitglieder nicht für die Richtigkeit der Erklärungen der gewerblichen Endabnehmer gemäß Ziffer C.I.1.3. Nachzahlungsansprüche der ZPÜ bestehen nur gegenüber dem gewerblichen Endabnehmer.

III. Rückerstattung der Differenz zwischen den Vergütungen gemäß § 54 UrhG für Verbraucher-PCs und Business-PCs an Behörden und gewerbliche Endabnehmer ab dem 01. Januar 2016

1. Anspruch auf Rückerstattung

Behörden und gewerbliche Endabnehmer, die ab dem 01. Januar 2016 PCs im Inland zu einem Preis erwerben, der die Vergütung gemäß § 54 UrhG für Verbraucher-PCs enthält, haben nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen einen Anspruch gegenüber der ZPÜ auf Rückerstattung der Differenz zwischen der Vergütung für Verbraucher-PCs und der Vergütung für Business-PCs.

2. Verfahren der Rückerstattung

2.1. Antrag

Die Rückerstattung erfolgt auf Antrag an die ZPÜ. Der Antrag kann schriftlich oder elektronisch gestellt werden und muss folgende Angaben enthalten:

- Firma, Anschrift, USt-ID, Bankverbindung des Antragstellers und Name der für den Antragsteller handelnden Person;
- Firma, Anschrift, USt-ID des Verkäufers;
- Stückzahl der verkauften PCs;
- Datum und Nummer der Rechnung über den Erwerb der PCs.

Ein Muster des Antrags wird auf der Website der ZPÜ zum Download bereitgestellt.

2.2. Nachweis des Vorliegens eines Business-PCs

a) Rechnung über den Kauf der PCs

Dem Antrag ist die Kopie der Rechnung über den Kauf der PCs beizufügen, die den Antragsteller eindeutig als Käufer ausweisen muss.

Die Rechnung muss von einem Verkäufer mit Sitz im Inland ausgestellt sein und muss eindeutig erkennen lassen, dass PCs im Sinne der Definition gemäß Ziffer I.1. der Anlage 1 erworben wurden und um welche PC-Marke es sich gehandelt hat. Aus der Rechnung muss deshalb insbesondere hervorgehen, dass es sich um mobile PCs mit einer Bildschirmdiagonale von mindestens 12,5 Zoll oder um stationäre PCs gehandelt hat.

b) Produktdatenblatt

Lässt die Rechnung nicht eindeutig erkennen, dass PCs im Sinne der Definition gemäß Ziffer I.1. der Anlage 1 erworben wurden, so ist dem Antrag ein Produktdatenblatt beizufügen, in dem die technischen Merkmale im Sinne der Definition gemäß Ziffer I.1. der Anlage 1 der gekauften PCs beschrieben sind.

2.3. Erklärung über den Verwendungszweck

Voraussetzung für eine Rückerstattung ist die Abgabe der folgenden Erklärung über den Verwendungszweck der PCs durch den Antragsteller:

„Der Antragsteller erklärt, dass die PCs, für die eine Rückerstattung beantragt wird, im Rahmen seines Unternehmens eingesetzt und nicht zum Zwecke der Weiterveräußerung oder des sonstigen Inverkehrbringens erworben werden. Er versichert, dass er den Rückerstattungsanspruch weder an den Verkäufer noch an einen Dritten abgetreten hat.“

Ist der Antragsteller ein Konzernunternehmen, das PCs für andere Unternehmen des Konzerns zentral einkauft, so ist folgende Erklärung abzugeben:

„Der Antragsteller erklärt, dass er ein Unternehmen des _____-Konzerns ist und dass die PCs, für die eine Rückerstattung beantragt wird, im Rahmen des Konzerns eingesetzt und nicht zum Zwecke der Weiterveräußerung oder des sonstigen Inverkehrbringens außerhalb des Konzerns erworben werden. Er versichert, dass er den Rückerstattungsanspruch weder an den Verkäufer noch an einen Dritten abgetreten hat.“

Ist der Antragsteller ein Unternehmen, das PCs auf der Grundlage von Verträgen (z.B. Leasing, IT-Überlassung) Dritten zur Nutzung überlässt, so ist folgende Erklärung abzugeben:

„Der Antragsteller erklärt, dass die PCs, für die eine Rückerstattung beantragt wird, von ihm auf der Grundlage eines Vertrages (z.B. Leasing, IT-Überlassung) einem Dritten zur Nutzung überlassen werden. Er versichert, dass er den Rückerstattungsanspruch weder an den Verkäufer noch an einen Dritten abgetreten hat.“

Die ZPÜ wird diese Erklärungen in das Formular zur Beantragung der Rückerstattung aufnehmen.

2.4. Nachweis der Erteilung der USt-ID bei natürlichen Personen

Handelt es sich beim Antragsteller um eine natürliche Person, so ist dem Antrag eine Kopie des Bescheides über die Erteilung der USt-ID beizufügen.

2.5. Auszahlung

Sind die Voraussetzungen der vorstehenden Regelungen erfüllt, so erteilt die ZPÜ vorbehaltlich der Regelung in Ziffer C.III.4 den Auftrag zur Überweisung der Rückerstattung an den Antragsteller innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Eingang des Antrags, wenn zu diesem Zeitpunkt die Mitteilung der Endabnehmer durch die Gesamtvertragsmitglieder gemäß Ziffer C.II.5. für den Monat vorliegt, in dem die Rechnung für die PCs gestellt wurde, für die die Rückerstattung beantragt wird. Anderenfalls erfolgt die Erteilung des Auftrags zur Überweisung der Rückerstattung innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Eingang dieser Mitteilung bei der ZPÜ.

3. Berechnung des Rückerstattungsbetrages pro PC

Erstattet wird die jeweilige Differenz zwischen der für Gesamtvertragsmitglieder geltenden Vergütung für Verbraucher-PCs (EUR 10,55) und für Business-PCs (EUR 3,20), somit EUR 7,35 pro PC, zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer.

Kann der Antragsteller nachweisen, dass für die PCs, für die er eine Rückerstattung beantragt, eine Vergütung gemäß § 54 UrhG in der als Tarif veröffentlichten Höhe an die ZPÜ bezahlt worden ist, so wird die Differenz zwischen den als Tarif veröffentlichten Vergütungen für Verbraucher-PCs (EUR 13,1875) und für Business-PCs (EUR 4,00) erstattet, somit EUR 9,1875 pro PC, zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer.

4. Keine Verpflichtung zur Rückerstattung bei Vorliegen begründeter Zweifel und bei fehlender Benennung der Endabnehmer

Bestehen begründete Zweifel daran, dass für die PCs, für die eine Rückerstattung beantragt wird, die Vergütung für Verbraucher-PCs an die ZPÜ bezahlt worden ist bzw. bezahlt werden wird, so ist die ZPÜ zu einer Rückerstattung nicht verpflichtet. Gleiches gilt, solange das Gesamtvertragsmitglied, das die PCs veräußert hat, für die eine Erstattung beantragt wird, seiner Verpflichtung zur Benennung der Endabnehmer gemäß Ziffer C.II.5. für den Monat nicht nachgekommen ist, in dem die Rechnung für die betreffenden PCs gestellt worden ist.

IV. Rückerstattung der Differenz zwischen den Vergütungen gemäß § 54 UrhG für Verbraucher-PCs und Business-PCs an Händler ab dem 01. Januar 2016

1. Anspruch auf Rückerstattung

Händler, die PCs im Inland zu einem Preis erworben haben, der die Vergütung gemäß § 54 UrhG für Verbraucher-PCs enthält und die diese PCs an eine Behörde oder an einen gewerblichen Endabnehmer zu einem Preis veräußert haben, der die Vergütung gemäß § 54 UrhG für Business-PCs enthält, haben nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen einen Anspruch gegenüber der ZPÜ auf Rückerstattung der Differenz zwischen der Vergütung für Verbraucher-PCs und der Vergütung für Business-PCs.

2. Verfahren der Rückerstattung

2.1. Antrag

Die Rückerstattung erfolgt auf Antrag an die ZPÜ.

Der Antrag kann schriftlich oder elektronisch gestellt werden. Ein Muster des Antrags wird auf der Website der ZPÜ zum Download bereitgestellt.

Der Antrag muss für jeden Verkauf, für den eine Rückerstattung beantragt wird, folgende Angaben enthalten:

- Firma, Anschrift, USt-ID, Bankverbindung des Antragstellers und Name der für den Antragsteller handelnden Person;
- Firma, Anschrift, USt-ID des Endabnehmers, an den die PCs veräußert wurden;
- Firma, Anschrift und USt-ID der Bezugsquelle, von der der Händler die verkauften PCs bezogen hat.

2.2. Dokumente

Dem Antrag sind die für eine Rückerstattung an eine Behörde oder einen gewerblichen Endabnehmer erforderlichen Dokumente gemäß Ziffer C.III.2.2. (Rechnung und / oder Produktdatenblatt) beizufügen sowie eine Erklärung des Endabnehmers über den Verwendungszweck der PCs mit folgendem Wortlaut:

„Der gewerbliche Endabnehmer erklärt, dass die von ihm erworbenen PCs im Rahmen seines Unternehmens eingesetzt und nicht zum Zwecke der Weiterveräußerung oder des sonstigen Inverkehrbringens erworben werden.“

Ist der gewerbliche Endabnehmer ein Konzernunternehmen, das PCs für andere Unternehmen des Konzerns zentral einkauft, so ist folgende Erklärung abzugeben:

„Der gewerbliche Endabnehmer erklärt, dass er ein Unternehmen des _____ -Konzerns ist und dass die von ihm erworbenen PCs im Rahmen des Konzerns eingesetzt und nicht zum Zwecke der Weiterveräußerung oder des sonstigen Inverkehrbringens außerhalb des Konzerns erworben werden.“

Ist der gewerbliche Endabnehmer ein Unternehmen, das PCs Dritten auf der Grundlage von Verträgen (z.B. Leasing, IT-Überlassung) zur Nutzung überlässt, so ist folgende Erklärung abzugeben:

„Der gewerbliche Endabnehmer erklärt, dass die von ihm erworbenen PCs von ihm auf der Grundlage von Verträgen Dritten zur Nutzung im Rahmen ihres Unternehmens überlassen werden.“

Die Erklärung ist grundsätzlich schriftlich abzugeben. Sie kann jedoch auch in E-Mails, im Rahmen von telefonisch abgewickelten Verkäufen durch Vorlesen und Bestätigung der Erklärungen oder im Rahmen von online abgewickelten Käufen durch Ankreuzen vorformulierter Texte abgegeben werden. In diesen Fällen setzt die Rückerstattung voraus, dass der Antragsteller in geeigneter Weise dokumentiert, dass und welche der vorgenannten Erklärungen abgegeben wurde und dass er der ZPÜ auf Anfrage schriftlich erläutert, wie diese Dokumentation erfolgt.

2.3. Auszahlung

Sind die Voraussetzungen der vorstehenden Regelungen erfüllt, so erteilt die ZPÜ vorbehaltlich der Regelung in Ziffer C.IV.4 den Auftrag zur Überweisung der Rückerstattung an den Antragsteller innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Eingang des Antrags.

3. Berechnung des Rückerstattungsbetrages pro PC

Erstattet wird die jeweilige Differenz zwischen der für Gesamtvertragsmitglieder geltenden Vergütung für Verbraucher-PCs (EUR 10,55) und für Business-PCs (EUR 3,20), somit EUR 7,35 pro PC, zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer.

Kann der Antragsteller nachweisen, dass für die PCs, für die er eine Rückerstattung beantragt, eine Vergütung gemäß § 54 UrhG in der als Tarif veröffentlichten Höhe an die ZPÜ bezahlt worden ist, so wird die Differenz zwischen den als Tarif veröffentlichten Vergütungen für Verbraucher-PCs (EUR 13,1875) und für Business-PCs (EUR 4,00) erstattet, somit EUR 9,1875 pro PC, zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer.

4. Keine Verpflichtung zur Rückerstattung bei Vorliegen begründeter Zweifel

Bestehen begründete Zweifel daran, dass für die PCs, für die eine Rückerstattung beantragt wird, die Vergütung für Verbraucher-PCs an die ZPÜ bezahlt worden ist bzw. bezahlt werden wird, so ist die ZPÜ zu einer Rückerstattung nicht verpflichtet.

V. IDC-Korrektur

Die auf der Grundlage der Auskünfte und Nachweise gemäß Ziffer C.II. erfolgte Abrechnung wird nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen korrigiert. Die Berechnung ist aus der in **Anlage D** beigefügten Excel-Tabelle beispielhaft ersichtlich. Die Gliederung dieser Excel-Tabelle entspricht der nachfolgenden Gliederung. Eine PC-Marke im Sinne dieses Abschnitts ist jede von IDC gelistete PC-Marke. Die Gesamtheit aller nicht einzeln oder namentlich IDC-gelisteten PC-Marken (zusammengefasst in der IDC-Kategorie „Others“) wird wie eine PC-Marke behandelt.

1. Ermittlung des Korrekturbetrages pro PC-Marke

Die ZPÜ führt für jedes Kalenderjahr jeweils zum 30.06. des Folgejahres („Stichtag“) die nachfolgende Korrekturberechnung durch. Für das letzte Jahr der Vertragslaufzeit erfolgt die Korrekturberechnung zum 31.12. des Folgejahres.

1.1. Ermittlung der jeweiligen Gesamtvergütungsforderung für Verbraucher- und Business-PCs je PC-Marke gemäß erteilter Auskünfte

Die ZPÜ ermittelt für jedes Kalenderjahr und für jede PC-Marke aufgeteilt in Verbraucher- und Business-PCs den jeweiligen Gesamtbetrag ihrer Vergütungsforderungen (ohne Umsatzsteuer) für alle PCs im Sinne der Definition gemäß Ziffer I.1. der Anlage 1, der sich unter Zugrundelegung aller Auskünfte, die von Gesamtvertragsmitgliedern und von diesem Gesamtvertrag nicht beige-

tretenen Unternehmen für das jeweilige Kalenderjahr bis zum Stichtag erteilt worden sind, sowie der Vergütungssätze gemäß § 3 Abs. 1 oder § 3 Abs. 2 des Gesamtvertrages ergibt.

Hierzu wird für jedes Unternehmen die Anzahl der Verbraucher-PCs und die Anzahl der Business-PCs, wie sie gemäß C.I.1. oder C.I.2. ermittelt wurde, mit dem jeweils für diese PCs und für das Unternehmen geltenden Vergütungssatz multipliziert. Diese Berechnung erfolgt gesondert für jede in den Auskünften angegebene PC-Marke. Die für die einzelnen Unternehmen jeweils ermittelten Beträge werden gesondert für jede PC-Marke addiert.

1.2. Ermittlung der sich nach den IDC-Quoten des abzurechnenden Kalenderjahrs ergebenden Gesamtvergütung

Die ZPÜ ermittelt für jedes Kalenderjahr und für jede PC-Marke den jeweiligen Gesamtbetrag der Vergütungen (ohne Umsatzsteuer) für alle PCs im Sinne der Definition gemäß Ziffer I.1. der Anlage 1, der sich unter Zugrundelegung der jeweils von der ZPÜ bei IDC erworbenen und den Gesamtvertragsmitgliedern für das jeweilige Kalenderjahr übermittelten Daten und der Vergütungssätze gemäß § 3 Abs. 1 oder § 3 Abs. 2 des Gesamtvertrages ergibt.

Hierzu wird für jedes Unternehmen die Gesamtzahl der in seinen Auskünften für die jeweilige PC-Marke angegebenen PCs im Sinne der Definition gemäß Ziffer I.1. der Anlage 1 ermittelt und in dem Verhältnis in Verbraucher-PCs und Business-PCs aufgeteilt, das sich nach den IDC-Daten ergibt. Die sich so ergebende Anzahl von Verbraucher-PCs und Business-PCs wird mit dem jeweils für diese PCs und für das Unternehmen geltenden Vergütungssatz multipliziert. Diese Berechnung erfolgt gesondert für jede in den Auskünften angegebene PC-Marke. Die für die einzelnen Unternehmen jeweils ermittelten Beträge werden für jede PC-Marke addiert.

1.3. Ermittlung des jeweiligen Gesamtbetrags der Rückerstattungen an gewerbliche Endabnehmer je PC-Marke

Die ZPÜ ermittelt für jedes Kalenderjahr für jede PC-Marke den jeweiligen Gesamtbetrag der Rückerstattungsbeträge (ohne Umsatzsteuer), die sie gemäß Ziffer C.III. und C.IV. an gewerbliche Endabnehmer, Behörden oder Händler geleistet hat. Hierbei werden die bis zum 30.06. des Folgejahres geleisteten Rückerstattungen berücksichtigt, sofern diese Erstattungen Käufe von PCs betreffen, deren Datum ausweislich der vom gewerblichen Endabnehmer eingereichten Rechnung im maßgeblichen Kalenderjahr liegt. Rückerstattungen, die für ein Kalenderjahr nach dem Stichtag geleistet werden, werden bei der Durchführung der folgenden Korrekturberechnungen berücksichtigt. Bei der Durchführung der Korrekturberechnung für das letzte Kalenderjahr der Vertragslaufzeit ist die ZPÜ berechtigt, zusätzlich zu den für dieses Jahr bis zum 31.12. des Folgejahres geleisteten Rückerstattungen zur Berücksichtigung der voraussichtlichen weiteren Rückerstattungen einen Betrag in Höhe des durchschnittlich für frühere Jahre nach dem jeweiligen Stichtag geleisteten Erstattungsbetrages in Abzug zu bringen.

1.4. Korrekturbetrag je PC-Marke

Der Korrekturbetrag errechnet sich für jede PC-Marke, indem von der jeweiligen Gesamtvergütungsforderung gemäß Ziffer C.V.1.1. der jeweilige Gesamtbetrag der Rückerstattung gemäß Ziffer C.V.1.2. und die jeweilige sich nach IDC ergebende Gesamtvergütung gemäß Ziffer C.V.1.3. abgezogen werden.

2. Aufteilung des Korrekturbetrages pro PC-Marke auf die Hersteller und Importeure dieser PC-Marke

Der sich für eine PC-Marke gemäß Ziffer C.V.1. ergebende Korrekturbetrag wird auf die Unternehmen, die zum jeweiligen Stichtag für diese PC-Marke Auskünfte erteilt hatten, nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen aufgeteilt. Für Hersteller und Importeure, welche zum Stichtag für eine PC-Marke keine Auskünfte erteilt haben, besteht kein Anspruch auf Berechnung und Auszahlung des jeweiligen Korrekturbetrages.

2.1. Ermittlung der Anteile einzelner Hersteller und Importeure am Korrekturbetrag pro Marke im Wege einer fiktiven Gesamtvergütungsberechnung

Die Aufteilung des Korrekturbetrages auf die Importeure und Hersteller richtet sich nach dem Verhältnis, in dem die einzelnen Importeure oder Hersteller an einer fiktiven Vergütungsforderung der ZPÜ für Verbraucher-PCs beteiligt sind.

Für die Berechnung dieser fiktiven Vergütungsforderung für Verbraucher-PCs wird die von den Importeuren oder Herstellern in ihren Auskünften angegebene Gesamtstückzahl zugrunde gelegt, vermindert um die Anzahl derjenigen PCs, die gemäß C.I.1. als Business-PCs angegeben wurden.

Die sich so ergebende Stückzahl wird mit dem für Verbraucher-PCs und dem für den jeweiligen Importeur oder Hersteller geltenden Vergütungssatz multipliziert.

Diese Berechnung erfolgt gesondert für jede in den Auskünften angegebene PC-Marke. Die für die einzelnen Unternehmen jeweils ermittelten Beträge werden für jede PC-Marke addiert.

2.2. Ermittlung des Korrekturbetrages pro Hersteller und Importeur und Abrechnung

Die Hersteller und Importeure werden an dem gemäß Ziffer C.V.1.4. ermittelten Korrekturbetrag je PC-Marke in dem gemäß Ziffer C.V.2.1. ermittelten Verhältnis beteiligt.

Die ZPÜ erstellt für jeden Hersteller und Importeur für jede PC-Marke eine Abrechnung und weist die Richtigkeit dieser Abrechnungen durch Bescheinigung eines Wirtschaftsprüfers nach.

Bei dieser Abrechnung wird der Betrag ermittelt, den die Hersteller oder Importeure gemäß C.V.2.1 nach Abzug des auf sie gemäß C.V.2.2. entfallenden Korrekturbetrages zu bezahlen hätten. Hiervon wird der Betrag abgezogen, den die Hersteller oder Importeure auf der Grundlage der Auskünfte und der gemäß C.I.1. oder C.I.2. ermittelten Anzahl der Business-PCs bereits an die ZPÜ bezahlt haben. Dabei kann sich sowohl eine Nachforderung der ZPÜ oder ein Rückzahlungsanspruch eines Importeurs oder Herstellers ergeben.

Die ZPÜ erstellt im Falle von Rückzahlungen eine Gutschrift, im Falle von Nachforderungen eine Rechnung.

Die Abrechnung beinhaltet folgende Angaben, bezogen auf den jeweiligen Hersteller oder Importeur:

- Ermittlung der vorläufigen Vergütungsforderung der ZPÜ auf der Grundlage der Auskünfte, der gemäß C.I.1. oder C.I.2. ermittelten Anzahl der Business-PCs (Anlage D Ziffer 1.1.) und der zugrunde gelegten IDC-Quoten.
- Ermittlung der endgültigen Vergütungsforderung der ZPÜ auf der Grundlage der Auskünfte und der IDC-Quoten des jeweiligen Abrechnungsjahres gemäß C.V.1.1. (Anlage D Ziffer 1.2.).
- Angabe des gemäß C.V.2. für den jeweiligen Importeur oder Hersteller ermittelten Korrekturbetrages.

Die Abrechnung und die Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers werden den Unternehmen bis zum 31. Oktober eines Jahres für das jeweils vorausgegangene Kalenderjahr, erstmals zum 31. Oktober 2017 für das Jahr 2016, übersandt.

Bei Bestehen begründeter Zweifel an der Richtigkeit oder Vollständigkeit einer vorgelegten Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers hat der BCH das Recht, die Abrechnung für die betreffende PC-Marke durch einen von ihm benannten Wirtschaftsprüfer überprüfen zu lassen. Der BCH wird die Überprüfung mindestens vier Wochen im Voraus ankündigen und mit der ZPÜ abstimmen. Die Kosten der Prüfung trägt die ZPÜ, falls die Überprüfung ergibt, dass der Korrekturbetrag für die betreffende PC-Marke mindestens 3% größer war als von der ZPÜ errechnet. Ergibt die Prüfung eine Nachforderung, so ist diese ab dem Zeitpunkt, zu dem die Übersendung der Bescheinigung gemäß vorstehendem Absatz 2 zu erfolgen hat, gemäß §§ 247, 288 Abs. 2 BGB zu verzinsen.

3. Auszahlung des Korrekturbetrages

3.1. Fälligkeit

Ergeben sich aus der Abrechnung gemäß Ziffer C.V.2.2. Rückzahlungsansprüche der Unternehmen, so sind die von der ZPÜ hierüber erstellten Gutschriften bis zum 31. Oktober eines Jahres

für das jeweils vorausgegangene Kalenderjahr, erstmals zum 31. Oktober 2017 für das Jahr 2016, zur Zahlung fällig. Eine Auszahlung erfolgt nur an diejenigen Hersteller und Importeure, die ihre Zahlungsverpflichtungen für das Kalenderjahr, für das der Korrekturbetrag ermittelt wurde, vollständig erfüllt haben.

Ergeben sich aus der Abrechnung gemäß Ziffer C.V.2.2. Nachforderungsansprüche der ZPÜ, so sind die von der ZPÜ hierüber erstellten Rechnungen bis zum 31. Oktober eines Jahres für das jeweils vorausgegangene Kalenderjahr, erstmals zum 31. Oktober 2017 für das Jahr 2016, zur Zahlung fällig.

3.2. Umsatzsteuer

Die Abrechnung des Korrekturbetrages erfolgt zuzüglich der für urheberrechtliche Vergütungen geltenden Umsatzsteuer, derzeit 7%.

Anlage D
„Spezifikation der IDC-Daten für das Jahr 2015 gemäß Ziffer B.I.4. der Anlage C des Änderungsvertrages“

Vendor _____ (PC-Marke)

Portable PC 13" und größer, Desktop PC ohne „Tablets“, „Desktop Workstations“ und „Mobile Workstations“
Anteil der Anzahl „Commercial“ an der Gesamtanzahl „Commercial“ + „Consumer“
in % mit fünf Stellen hinter dem Komma
Jahr 2015 __, _____ %

1.2. Ermittlung der sich nach IDC-Quoten des abzurechnenden Kalenderjahres ergebenden Gesamtvergütung

	G
Verbraucher-Anteil laut IDC (Abrechnungsjahr)	40,00%
Business-Anteil laut IDC (Abrechnungsjahr)	60,00%

Hersteller und Importeure	nach IDC		nach GV		Verbraucher-PCs		Business-PCs		Gesamt-PCs
	nach	durch Nachweis	nach	ohne GV	Anzahl	Vergütung in €	Anzahl	Vergütung in €	Summe in €
					H	I	J	K	L
Gesamtvertragsmitglied 1	x		x		120.000	1.266.000,00 €	180.000	576.000,00 €	1.842.000,00 €
Gesamtvertragsmitglied 2	x		x		96.000	1.012.800,00 €	144.000	460.800,00 €	1.473.600,00 €
Gesamtvertragsmitglied 3		x	x		40.000	422.000,00 €	60.000	192.000,00 €	614.000,00 €
Außenseiter 1	x			x	12.000	158.250,00 €	18.000	72.000,00 €	230.250,00 €
Außenseiter 2		x		x	9.600	126.600,00 €	14.400	57.600,00 €	184.200,00 €
						- €		- €	- €
						- €		- €	- €
						- €		- €	- €
						- €		- €	- €
						- €		- €	- €
						- €		- €	- €
					277.600	2.985.650,00 €	416.400	1.358.400,00 €	4.344.050,00 €

1.3. Ermittlung der erfolgten Rückerstattungen an gewerbliche Endabnehmer

	M	N
Verbraucher-PCs	10,55 €	13,1875 €
Business-PCs	3,20 €	4,00 €
Anzahl der Rückerstattungen	30.264 Stück	3.000 Stück
Differenz pro Verbraucher- und Business-PC	7,35 €	9,19 €
Rückerstattung	222.440,40 €	27.562,50 €
Erfolgte Rückerstattungen an gewerbbl. Endabnehmer	250.002,90 €	

1.4. Berechnung der im Rahmen der IDC-Korrektur von der ZPÜ zurückzubezahlenden Beträge

	0
Gesamtvergütungsforderung gemäß 1.1.	4.810.334,00 €
- Gesamtvergütung nach IDC-Quoten 1.2.	-4.344.050,00 €
- Erfolgte Rückerstattungen 1.3.	-250.002,90 €
= Summe der IDC-Korrektur	216.281,10 €

2. Aufteilung des IDC-Korrekturbetrages anhand einer Hilfsrechnung

2.1. Hilfsberechnung zur Ermittlung der prozentualen Anteile der Hersteller und Importeure am IDC-Korrekturbetrag

Hersteller und Importeure	nach IDC		nach GV		Verbraucher-PCs			Business-PCs		Gesamt-PCs	
	nach	durch Nachweis	nach	ohne GV	Anzahl	Vergütung in €	Anteile an der Vergütung in €	Anzahl	Vergütung in €	Anzahl	Summe in €
	x		x		P	Q	R	S	T	U	V
Gesamtvertragsmitglied 1	x		x		300.000	3.165.000,00 €	47,06%		- €	300.000	3.165.000,00 €
Gesamtvertragsmitglied 2	x		x		240.000	2.532.000,00 €	37,65%		- €	240.000	2.532.000,00 €
Gesamtvertragsmitglied 3		x	x		50.000	527.500,00 €	7,84%	50.000	160.000,00 €	100.000	687.500,00 €
Außenseiter 1	x			x	30.000	395.625,00 €	5,88%		- €	30.000	395.625,00 €
Außenseiter 2		x		x	8.000	105.500,00 €	1,57%	16.000	64.000,00 €	24.000	169.500,00 €
						- €			- €		- €
						- €			- €		- €
						- €			- €		- €
						- €			- €		- €
						- €			- €		- €
						- €			- €		- €
					628.000	6.725.625,00 €	100%	66.000	224.000,00 €	694.000	6.949.625,00 €

Es ergäbe sich die folgende fiktive Summe des IDC-Korrekturbetrages:

	W
Fiktive Gesamtvergütungsforderung gemäß 2.1.	6.949.625,00 €
- Gesamtvergütung nach IDC-Quoten 1.2.	-4.344.050,00 €
- Erfolgte Rückerstattungen 1.3.	-250.002,90 €
= Fiktive Summe der IDC-Korrektur	2.355.572,10 €

2.2. Die Aufteilung der fiktiven Summe des IDC-Korrekturbetrages würde sich wie folgt darstellen. Nach Abzug der tatsächlich bezahlten Vergütungen ergeben sich die folgenden Gutschriften bzw. Nachberechnungen durch die ZPÜ:

Hersteller und Importeure	nach IDC durch Nachweis		nach GV ohne GV		Gesamt-PCs (aus Spalte V)	Aufteilung der fiktiven Summe des IDC-Korrekturbetrages auf die Hersteller und Importeure (anhand der Quoten der Spalte R)	zu bezahlen wäre im Ergebnis (Spalte X abzgl. Spalte Y)	von der ZPÜ bereits in Rechnung gestellt (aus Spalte E)	Gutschrift bzw. Nachberechnung durch die ZPÜ * (Spalte AA abzgl. Spalte Z)
	X	Y	Z	AA					
Gesamtvertragsmitglied 1	x		x		3.165.000,00 €	1.108.504,52 €	2.056.495,48 €	2.053.680,00 €	- 2.815,48 €
Gesamtvertragsmitglied 2	x		x		2.532.000,00 €	886.803,61 €	1.645.196,39 €	1.642.944,00 €	- 2.252,39 €
Gesamtvertragsmitglied 3		x	x		687.500,00 €	184.750,75 €	502.749,25 €	687.500,00 €	184.750,75 €
Außenseiter 1	x			x	395.625,00 €	138.563,06 €	257.061,94 €	256.710,00 €	- 351,94 €
Außenseiter 2		x		x	169.500,00 €	36.950,15 €	132.549,85 €	169.500,00 €	36.950,15 €
					- €	- €	- €	- €	- €
					- €	- €	- €	- €	- €
					- €	- €	- €	- €	- €
					- €	- €	- €	- €	- €
					- €	- €	- €	- €	- €
					6.949.625,00 €	2.355.572,10 €	4.594.052,90 €	4.810.334,00 €	216.281,10 €

* Positive Beträge werden von der ZPÜ gutgeschrieben, negative Beträge in Rechnung gestellt.

Anlage F
"Muster Auskunft für PCs im Sinne von Ziffer I.1 der Anlage 1
für die Zeit ab dem 01.01.2016"

An die
Z P Ü
Zentralstelle für private
Überspielungsrechte
Rosenheimer Str. 11
81667 München

Kundennummer: _____
Bitte immer angeben

„Gesamtvertrag zur Regelung der urheberrechtlichen Vergütungspflicht mit dem BCH gemäß §§ 54 ff UrhG für PCs“ für die Zeit ab dem 01.01.2011 (GesV)

Hier: Auskunft nach § 8 Abs. 1 GesV für PCs im Sinne von Ziffer I.1. der Anlage 1 für die Zeit ab dem 01.01.2016

- Das Gesamtvertragsmitglied macht von der Möglichkeit gemäß C.I.2. der Anlage C zum Änderungsvertrag zum Gesamtvertrag Gebrauch, die Anzahl der Business-PCs auf der Grundlage von IDC-Daten zu ermitteln.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der nachfolgend erteilten Auskünfte werden hiermit rechtsverbindlich versichert.

(Ort)

(Datum)

(Firmenstempel)

(Unterschrift Geschäftsführer/in
oder Bevollmächtigte/r)

Bei Rückfragen ist anzusprechen:

Frau / Herr _____

Telefon / Fax _____

E-Mail _____

PCs im Sinne von Ziffer I.1. der Anlage 1 zum Gesamtvertrag

Aufteilung in Verbraucher- und Business-PCs auf der Grundlage von IDC-Daten

Auskunftszeitraum Kalenderhalbjahr: (ab 2016)	Auskunft durch Firma:	Auskunft für (§ 7 GesV)¹ Firma:
	Kundennummer:	Straße / Hausnummer: PLZ / Ort / Land:

Zeile	Art der PCs		Stückzahl gesamt			Business-PCs (IDC-Quote <input type="checkbox"/> % * 0,9)		Verbraucher-PCs	
						Stückzahl	Vergütungs- betrag netto	Stückzahl	Vergütungs- betrag netto
	Marke	enthaltene Baureihen pro Marke gemäß Spalte A	fakturiert oder als Naturalrabatt geliefert i.S.d. § 5 GesV	Gesamtzahl Drittexporte i.S.d. § 6 Abs. 1 lit. b) GesV, nachträgliche Ex- porte i.S.d. § 6 Abs. 1 lit. c) GesV, Retouren i.S.d. § 6 Abs. 1 lit. e) GesV	vergütungspflichtig gesamt Spalte C abzüglich Spalte D	IDC-Quote von Stückzahl gemäß Spalte E	Stückzahl ge- mäß Spalte F x EUR 3,20	Spalte E abzüg- lich Spalte F	Stückzahl gemäß Spalte H x EUR 10,55
A	B	C ²	D ²	E ²	F ³	G ³	H ³	I ³	
1									
2									
3									
4									
5									
6									
7									
8									

- 1) Nur auszufüllen, falls die Pflichten eines anderen Gesamtvertragsmitglieds nach § 7 GesV übernommen werden. Anzugeben ist das Gesamtvertragsmitglied, dessen Verpflichtungen übernommen werden sollen. Soweit Verpflichtungen für mehrere Unternehmen übernommen wurden, ist für jedes Unternehmen eine gesonderte Auskunft zu erteilen.
- 2) Aus diesen Angaben muss sich die Gesamtstückzahl pro Marke eindeutig ergeben.
- 3) Diese Felder werden von der ZPÜ ausgefüllt.

PCs im Sinne von Ziffer I.1. der Anlage 1 zum Gesamtvertrag

Aufteilung in Verbraucher- und Business-PCs auf der Grundlage eines Nachweises

Auskunftszeitraum	Auskunft durch	Auskunft für (§ 7 GesV)¹
Kalenderhalbjahr: (ab 2016)	Firma:	Firma:
	Kundennummer:	Straße / Hausnummer:
		PLZ / Ort / Land:

Zeile	Art der PCs		Stückzahl gesamt			Business-PCs		Verbraucher-PCs	
						Stückzahl	Vergütungs- betrag netto	Stückzahl	Vergütungs- betrag netto
	Marke	enthaltene Baureihen pro Marke gemäß Spalte A	fakturiert oder als Naturalrabatt geliefert i.S.d. § 5 GesV	Gesamtzahl Drittexporte i.S.d. § 6 Abs. 1 lit. b) GesV, nachträgliche Ex- porte i.S.d. § 6 Abs. 1 lit. c) GesV, Retouren i.S.d. § 6 Abs. 1 lit. e) GesV	vergütungspflichtig gesamt Spalte C abzüglich Spalte D	gemäß Nachweis	Stückzahl ge- mäß Spalte F x EUR 3,20	Spalte E abzüg- lich Spalte F	Stückzahl gemäß Spalte H x EUR 10,55
	A	B	C ²	D ²	E ²	F ²	G ²	H ²	I ²
1									
2									
3									
4									
5									
6									
7									
8									

- 1) Nur auszufüllen, falls die Pflichten eines anderen Gesamtvertragsmitglieds nach § 7 GesV übernommen werden. Anzugeben ist das Gesamtvertragsmitglied, dessen Verpflichtungen übernommen werden sollen. Soweit Verpflichtungen für mehrere Unternehmen übernommen wurden, ist für jedes Unternehmen eine gesonderte Auskunft zu erteilen.
- 2) Aus diesen Angaben muss sich die Gesamtstückzahl bzw. Summe pro Marke sowie die Aufteilung in Business- und Verbraucher-PCs eindeutig ergeben.